

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 1/47. Jahrgang

Januar 2016

Schutzgebühr: 0,40 €

"Sicherheit" in der City-für wen?

Die „Sicherheitsoffensive“ des Magistrates scheint Wahlkampfthema Nr. 1 zu werden. Wovon ist hier die Rede? **Von Ladendiebstahl?**

Von der Sicherheit in der Innenstadt oder vom Zustand des Marktplatzes? In den letzten zehn Jahren ist die Kriminalität in Gießen um 30% gesunken, stellte Polizeipräsident Schweizer fest. Allerdings hätten die Ladendiebstähle zugenommen. Das ist jedoch mehr ein Problem des Einzelhandels als der öffentlichen Sicherheit.

Dennoch will die Stadt den vor zwei Jahren abgeschafften „Freiwilligen Polizeidiens“ wieder einführen und – ausgehend vom mobilen Stützpunkt – zusätzlich Doppelstreifen durch Gießen patrouillieren lassen.

Das kann auch einen gegenteiligen Effekt haben, denn manche fühlen sich durch übermäßige Polizeipräsenz („das muss ein gefährlicher Ort sein“) verunsichert. - Der Freiwillige Polizeidiens (Stundenlohn: 7 Euro)

kann ohnehin keine reguläre Polizei ersetzen.

Von der "Trinkerszene"?

Am Marktplatz besteht dagegen tatsächlich Handlungsbedarf; die Aufstockung der Mittel für die Streetworker von 50.000 auf 80.000 Euro ist zu begrüßen, aber noch immer unzureichend.

Es gibt nicht

einmal eine öffentliche Toilette; die im Warthäuschen integrierte ist die meiste Zeit defekt. Eine Hilfe wäre die Einrichtung einer Wärmestube,

wie wir als Linksfraktion im Parlament beantragt hatten; aber dies wurde abgelehnt. Also wird wieder ein Alkoholverbot diskutiert und ein striktes Durchgreifen gefordert.

Vergessen wird dabei, dass es um Menschen geht, die von dieser Gesellschaft ausgestoßen wurden, die arbeits- oder obdachlos oder beides sind und für das Kapital nicht verwertbar. Ihre Zahl wird zunehmen im gleichen Maß wie die Armut zunimmt – und der Reichtum wächst.

Michael Beltz



Stoppt den Krieg!

Keine deutschen Soldaten nach Syrien!

Es geht nicht um Solidarität oder Menschenrechte, sondern um Rohstoffe!



Deutschland zieht in den nächsten Krieg. 1200 deutsche Soldaten werden nach Syrien entsandt. Auch dieser Krieg wird Jahre dauern. Eine Rechtsgrundlage gibt es nicht. Das ist nicht neu. Bereits die Zerschlagung Jugoslawiens und die Bombardierung Serbiens waren deutsche Kriegsverbrechen ohne Rücksicht auf Völkerrecht und Grundgesetz.

Inhalt:

Klimakonferenz/Syrienkrieg S.2
Stadtparlament/Kommunalwahl S.3
Jobcenter-Niederlage/Profit mit Wasser S.4

Lehrerstellen-Tricks/Haftbedingungen S.5
Sozialismus: ja bitte/BI Wieseckau S.6
Krebs durch Glyphosat/Flucht + Asyl S.7
Termine/Echo-Spenden S.8

Für Frieden und Sozialismus!



Klima retten durch Systemwandel

Die Klimakonferenz in Paris begann sehr umweltfreundlich: Die Präsidenten vieler Staaten fuhren in ihren extra eingeflogenen gepanzerten Staatskarossen vor, um vor den Delegierten ihre Ansprachen zu halten. Am Ende stand dann ein Vertrag, der von vielen Fachleuten und Organisationen begrüßt wurde.

Positiv ist auf jeden Fall, dass es keine Staaten mehr gibt, von denen der von Menschen verursachte Klimawandel offiziell bestritten wird. Genau betrachtet enthält der Text aber nicht viel mehr als Absichtserklärungen für die Zukunft. Wie es bei Politikern beliebt ist, gibt es keinerlei Aussagen über Sofortmaßnahmen, aber Versprechungen für 2020 und später. Ganz allgemein ist von „Entkarboni-

sierung“ die Rede, die Begriffe Kohle, Öl und Gas kommen aber nicht vor. Die Atomwirtschaft ist fein raus – die „nukleare Lösung“ zur Vermeidung

geändert werden. um die im Vertrag genannten Ziele der Begrenzung des Temperaturanstieges zu erreichen. Die kapitalistischen Konzerne streben danach, immer mehr zu produzieren – immer schwere Autos, immer mehr kurzlebige Konsumartikel, immer mehr Waffen, immer weitere Reisen, immer mehr Transporte rund um die Welt. Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA, TPP usw. führen nicht zu weniger, sondern zu mehr CO₂-Emissionen.

Der Druck für ein wirkliches Umsteuern wird nicht von der Klimadiplomatie ausgehen, sondern muss aus der Gesellschaft kommen. Der Klimawandel wird sich nur durch einen Systemwandel verhindern lassen.

Gernot Linhart



von CO₂-Emissionen bleibt offen. Wirklich entscheidende Fragen bleiben ausgeblendet. Produktions- und Lebensweisen müssten grundlegend

Worum geht es im Syrienkrieg?

Glaut man den herrschenden Politikern und ihren Medien, geht es bei dem Kriegseinsatz in Syrien um Solidarität mit Frankreich nach den Terroranschlägen von Paris.

Tatsächlich geht es um die Verschärfung eines seit Jahren andauernden Krieges der USA und ihrer NATO-Partner, darunter Deutschland, zur Neuaufteilung des Nahen und Mittleren Ostens.

Es geht, worum es bei imperialistischen Kriegen immer geht: um Rohstoffe, Ressourcen und Einfluss-sphären. Im Mittleren und Nahen Osten standen und stehen dem Zugriff durch imperialistische Länder unter anderem die Regierungen des Irak und Syriens entgegen. Deshalb wurden diese Länder zerschlagen, ihre Regierungen destabilisiert. Deshalb wurden Oppositionskräfte in Syrien ausgebildet, bewaffnet und finanziert und terroristische Banden wie der IS aufgebaut, denen man nun den Kampf angesagt hat.

Der deutsche Imperialismus steht dabei nicht abseits. Er profitiert u.a. durch Waffen- und Rüstungsexporte in die Kriegsregion.

Exemplarisch für die Heuchelei steht auch die Türkei als NATO-Vorposten in der Region. Während die NATO im

men Widerstand gegen den IS leistet.

Die Eile, mit der deutsche Soldaten in den nächsten Krieg geschickt werden, und die Vehemenz, mit der die NATO die Zerschlagung Syriens forciert, hat nicht zuletzt mit der Rolle Russlands zu tun.

Russland bekämpft den IS unter Anerkennung der Souveränität Syriens und im Bündnis mit der Regierung Assad. Es steht für die Wiener Vereinbarungen, die einen innersyrischen Dialog als einzigen Weg für eine politische Lösung des Konflikts sehen.

Damit steht Russland den Interessen der USA und der NATO-Partner im Mittleren und Nahen Osten im Wege.

Die Gefahr eines großen Krieges wächst. Wie nah er ist, hat zuletzt der Abschuss eines russischen Fliegers durch die Türkei gezeigt. Diese Eskalation muss gestoppt werden! Die nationale Souveränität Syriens muss respektiert und wieder hergestellt werden!



Namen der Menschenrechte den IS bombardiert – und dabei vor allem die Zivilbevölkerung und Infrastruktur trifft –, liefert Erdogan Waffen an die Terrororganisation, bietet Rückzugsräume und kauft ihr das gestohlene Öl ab. Gleichzeitig führt sie einen brutalen Krieg gegen die PKK, die wirksa-

Wir fordern von der deutschen Bundesregierung:

**Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr! Stopp der deutschen Rüstungsexporte!
Deutschland raus aus der NATO!**

Zweifelhafte Gepflogenheiten des Stadtparlaments

Hundewiese - hü und hott

Ein weiteres Wahlgewinn ist die Hundewiese in der Wieseckau. Bereits 2009 hatte die Linksfraktion beantragt, einen Hundeauslauf in Gießen einzurichten; das wurde abgelehnt! Obwohl dies in Städten, in denen Leinenzwang besteht wie in Gießen, eigentlich vorgeschrieben ist. Jetzt, rechtzeitig zur Kommunalwahl, kommt die Kehrtwende. Den Hunden sei's dennoch gegönnt.

Der Wahlkampf wirft auch im Stadtparlament seine Schatten. So hat der Fraktionsvorsitzende der CDU, Klaus-Peter Möller, in seiner Haushaltsrede sanfte Töne gegenüber der SPD-geführten Koalition gefunden. Man müsse in Zukunft sich gemeinsam den drängenden Aufgaben zuwenden. Da ließ sich auch Gerhard Merz, Chef der SPD, nicht lumpen und gab sich weihnachtlich gestimmt.

Opposition überflüssig

Der Stadtverordnete Geißler (Freie Wähler) hat in der letzten Sitzung einmal genau aufgelistet, welche Anträge seiner Fraktion von den Koalitionsparteien abgelehnt wurden – und später in höchstens leicht modifizierter Form von den Magistratsparteien selbst gestellt und beschlossen wurden.

Diese uralte Tradition vom Umgang mit Anträgen der Opposition wird von allen Parteien gepflegt. Es entlarvt die Spielwiese Parlament sehr deutlich und zeigt, was von der „Bürgerbeteiligung“ zu halten ist, wenn nicht mal die gewählten Stadtverordneten der bürgerlichen Seite einen normal fairen Umgang zu erwarten haben...

SWG: Stromsperrung bleibt

Vertreter der Stadtwerke gaben im Bauausschuss Auskunft darüber, wie oft und in welchen Fällen sie den Strom sperren. Anlass war unser Antrag für die Linksfraktion, im Winter keine Sperrungen vorzunehmen. Gemessen an den 190.000 Kunden der SWG ist die absolute Zahl tatsächlich sehr gering; sie ist gesunken, auch weil viel getan wird, um das zu verhindern. Für das laufende Jahr rechnet man mit 740 Fällen, davon etwa 60 im Dezember. Warum dann dem Antrag nicht erst recht entsprochen wurde, blieb unbeantwortet. Es handelt sich allein im Dezember um 120 Menschen, die plötzlich im Dunklen und Kalten stehen. Michael Beltz



Die DKP fordert den Magistrat auf: Leerstände ermitteln und handeln

Laut Mikrozensus von 2011 stehen in Gießen 1400 Wohnungen leer. Dazu kommen noch Leerstände bei Büro- und Gewerbegebäuden. Diese Immobilien könnten sofort genutzt werden, um der Wohnungsnot von Gießenern und Flüchtlingen zu begegnen. Alle sind aufgerufen, leerstehende Räumlichkeiten zu melden - und sei es über den "Mängelmelder".



Kommunalwahl: DKP-Kandidaten bei der Gießener LINKE



Auf vorderen Plätzen der Liste Gießener LINKE kandidieren: auf Platz 4 Michael Beltz, Stadtverordneter der Linksfraktion seit 2005, auf Platz 9 Martina Lennartz, Sprecherin der BI Wieseckau, und auf Platz 12 Helmut Appel

Weitere Mitglieder der DKP kandidieren zum Stadtparlament:

Gernot Linhart, Platz 16

Erika Beltz, Platz 21

Mario Berger, Platz 24

Zum Kreistag kandidieren:

Hermann Fredersdorf, Platz 20,

Gunter Geis, Platz 26

Henning Mächerle, Platz 30

sowie **Michael Beltz** und **Helmut Appel**

**Am 6. März;
Gießener LINKE**



Jobcenter Gießen in die Schranken verwiesen

Im Oktober berichteten wir über einen Hartz-IV-Empfänger als Aufstocker, den das Jobcenter zwingen wollte, monatlich mindestens drei „ernsthafte“ Bewerbungen zu schreiben und sich nachweislich um einen Arbeitsplatz zu bemühen. Andernfalls wurden ihm Sanktionen, Leistungskürzung bis auf Null, angedroht. Er sollte eine „Eingliederungsvereinbarung“ unterschreiben, was er als unzumutbar ablehnte, da er bereits sozialversicherungspflichtig arbeitet. Das Jobcenter ließ nicht locker und setzte o. a. „Vereinbarung“ per Verwaltungsakt in Kraft. Auch dies ließ sich der Betroffene nicht gefallen und legte Widerspruch ein.

Und siehe da: Das Jobcenter musste den Bescheid zurücknehmen: **„... meinen Bescheid vom... (Eingliederungsvereinbarung per Verwaltungsakt) nehme ich zurück. Meine Entscheidung beruht auf § 44**

des Zehnten Buches Sozialgesetzgebung.“

Dieses Beispiel einer erfolgreichen und selbstbewussten Zurückweisung der schikanösen Praxis zeigt, dass man sich wehren muss und kann. Denn die Begründung des Widerspruchs war nicht nur hieb- und stichfest sondern auch deutlich. Wir zitieren aus dem Widerspruch: *Ich bin bereits in Arbeit und deshalb ist eine erneute Strategie zur Eingliederung völliger Blödsinn... Das Jobcenter vermittelt hauptsächlich Arbeitsverhältnisse, die im niedrigsten Lohnsektor liegen, von denen die Menschen ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Somit unterstützt das Jobcenter den Niedriglohnsektor nicht nur, sondern fördert ihn... Seit neun Jahren hat es das Jobcenter nicht erreicht, mich in eine Arbeit zu vermitteln, von der ich mei-*

nen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann und hat 100prozentig versagt. Mit dem Verwaltungsakt soll das Versagen kaschiert und auf mich abgewälzt werden...

Darin steht weiterhin, dass ich mich an Werktagen innerhalb eines zeit- und ortsnahen Bereichs aufhalten muss, um täglich Vorsprachen beim Jobcenter wahrzunehmen. Dies war in der Vergangenheit aufgrund meiner Arbeit nicht möglich und ist es jetzt auch nicht... Einzig ein Richter darf solche Eingrenzungen des privaten Lebens aussprechen. Diese Anordnung erfüllt den Tatbestand der Amtsanmaßung...

Weiterhin heißt es, dass ein Widerspruch keine aufschiebende Wirkung habe. Das ist falsch...

Der gesamte Verwaltungsakt verstößt gegen Artikel 1 des Grundgesetzes!

Profitquelle „Wasser“

Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt rodeten im Schifflinger Wald Bagger eine lange Schneise in den Wald, LKWs wühlten Wege auf und mitten im Wald entstand ein Bauwerk für den Wasserdruck. Dem „Linken Bündnis“ ist es zu verdanken, dass in Gießen nach und nach die Wahrheit ans Licht kommt.

Es wird eine Fernwasserdurchleitung für ca. 13 Mill. Euro zwischen Lich und Gießen gebaut, die den moorreichen Burgwald und die Stadt Frankfurt verbindet - ohne bisher vollständige wasserrechtliche Genehmigung. Diese wird noch wegen der massiven Natureingriffe (Grundwasser, Artenschutz) geprüft. Bis zu 5 Millionen m³ sollen jährlich aus dem Boden abgepumpt werden. Ein gewinnträchtiger Deal zwischen drei Betrieben: Zweckverband Mittelhessische Wasserbetriebe (ZMW), Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG) und der Groß-Gerauer „Hessenwasser GmbH“.

Frankfurt braucht aber lediglich in Spitzenzeiten (Sommer) zusätzliches Wasser. Gefahrlos könnte dies aus dem Kinzig-Kreis entnommen werden.

Frankfurt hat ein brüchiges Rohrsys-

tem, durch das jedes Jahr 2 Mill. m³ im Erdreich verschwinden. Ein Ausbau der Fernwassergewinnung verhindert, dass die Stadt Frankfurt endlich umweltschonende Maßnahmen (Trennung von Brauch- und Trinkwasser, Reparatur des Röhrensystems) ergreift. Brunnen wurden und werden um Frankfurt herum still gelegt, um Platz für den Ausbau des Flughafens und für Bauflächen zu schaffen.

Im Grunde geht es um klammheimlichen Gewinnausgleich der kommunalen Wasserfirmen und das Aufbessern ihrer finanziellen Bilanz.

Die „Schutzgemeinschaft Vogelsberg“ und die Aktionsgemeinschaft „Rettet den Burgwald“ fordern seit einem Jahr den Stopp der Bauarbeiten. Wenn die ausstehenden Genehmigungen vom RP nicht erteilt werden, können die Gießener „in die Röhre schauen“ - und zwar in die leere.

Übrigens ist „Kettensägen-Gerda“ (Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greulich, Grüne) im Vorstand des ZMW tätig und Klaus-Dieter Grothe (Fraktionsvorsitzender der Grünen) Vertreter in der Verbandsversammlung. Auch die grüne Umweltministerin „sieht keine Probleme“.

Mario Berger

Im nächsten Echo berichten wir darüber, wieso das Jobcenter (trotz gestiegener Heizkosten) monatlich nur noch die Hälfte davon bezahlen will.

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50



Kultusministerium rechnet Lehrerstellen schön

Das Hessische Kultusministerium (HKM) unter der Führung von Kultusminister Lorz (CDU) ist wieder fleißig bemüht, die Verschlechterungen in der schulischen Bildung als Erfolge darzustellen. Schönrechnen und Schönschreiben bleiben dabei die Hauptfächer. Hier einige Unterrichtsinhalte:



Die Schülerzahlen sinken, im aktuellen Schuljahr sind es 2091 weniger als im letzten. Da braucht man natürlich nicht mehr so viele Lehrer. Das HKM will diese Stellen im „System“ belassen, um die Qualität der Bildung an hessischen Schulen zu steigern. Tatsächlich wurden aber bei den Förderstunden an Grundschulen 140 Stellen gekürzt.

An gymnasialen Oberstufen wurden sogar 160 Stellen eingespart, indem einfach der Schülerfaktor gesenkt wurde. Das HKM weist den Schulen je Schüler weniger Lehrerstunden zu. In Gießen summiert sich das auf etwa 30 Lehrerstellen.

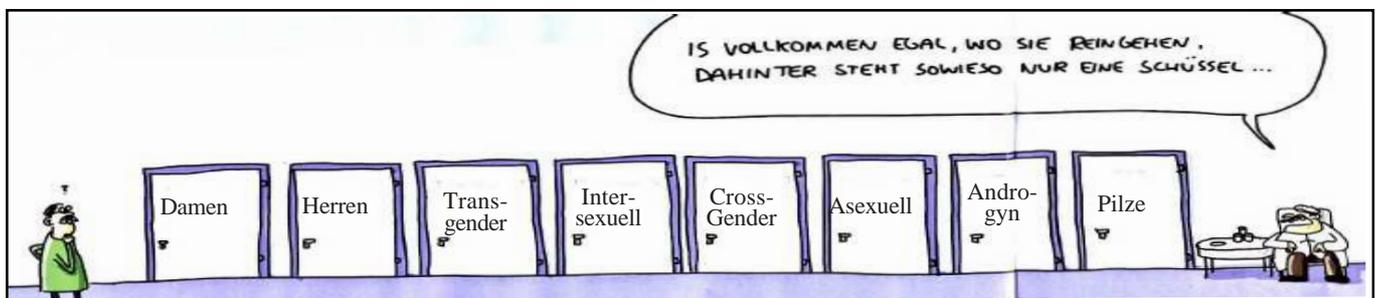
Die Folgen sind neben größeren Kursen auch der Wegfall kleinerer - Qualität und Vielfalt bleiben auf der Strecke.

Die „eingesparten“ Stellen werden unter anderem in den Ganztagschulbereich, in die Inklusion und in Deutschfördermaßnahmen umgelenkt. Das wird dann „Bildungsgerechtigkeit“ genannt - oder besser: Des einen Leid ist des anderen Freud!

Die einzelnen Bildungsbereiche werden schamlos gegeneinander ausgespielt. Dabei ist die Betreuung am Nachmittag an sich eine gute Sache, nur will sich das HKM eine qualitativ hochwertige pädagogische Betreuung nicht leisten. Schon jetzt wird den dort eingesetzten Lehrern für zwei gearbeitete Stunden nur eine angerechnet, sie arbeiten also praktisch für die Hälfte. Selbst das ist dem HKM noch zu teuer. Deshalb werden Lehrerstellen einfach in Geldmittel umgewandelt, mit niedrigsten Löhnen kann dann viel mehr Personal eingesetzt werden.

Die Unzufriedenheit wächst nicht nur bei den Grundschulern und Abiturienten. Streikverbot und Nullrunde wirken sich auf die verbeamteten Lehrer auch nicht motivationsfördernd aus. Trotzdem lassen sich viele Lehrer nicht von den immer schlechteren Bedingungen entmutigen und leisten sehr gute pädagogische Arbeit. Die geplanten Protestaktionen haben unsere volle Solidarität.

Rainer Grabowski



Hungerstreik gegen Haftbedingungen

Der Kreisvorstand der DKP Gießen unterstützt die Forderungen der sich im Hungerstreik befindlichen Häftlinge der JVA Butzbach nach dem Mindestlohn für ihre Arbeit, nach freier gewerkschaftlicher Betätigung und Sozialversicherung. - Wie Michael Beltz betonte, sei ein Tageslohn von 11 Euro, insbesondere auch im Hinblick auf die bestehende Arbeitspflicht, untragbar und bedeute verschärfte Ausbeutung und enorme Extraprofite. Die DKP verurteilt die abweisende Haltung der Hessischen Landesregierung, die Gespräche verweigert, und fordert sie zum Dialog über die berechtigten Forderungen auf.

Abschließend wies er darauf hin, dass in der DDR die Häftlinge für ihre Arbeit nach Tarif bezahlt wurden, wovon ihnen nach Abzug verschiedener Kosten 260 Mark verblieben, was für damalige Verhältnisse und Preise viel Geld war. Die Kommunen waren verpflichtet, nach Haftentlassung sowohl eine Wohnung als auch einen Arbeitsplatz bereitzustellen.

In einem Schreiben an die Häftlinge sowie an die Gefangenen-Gewerkschaft erklärte die DKP sich solidarisch und wünscht den Kämpfenden Erfolg. Beide Gießener Tageszeitungen weigerten sich die Presseerklärung zu veröffentlichen.

Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie?



Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?

Bert Brecht (Dreigroschenoper)

Ergebnis jüngster Umfragen: Sozialismus, ja bitte!

„Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde.“ Dieser in Langzeitstudien abgefragten Feststellung stimmten auch in der jüngsten Erhebung in Thüringen die meisten Menschen zu: 68% der vor 1975 und 59% der nach 1975 geborenen.

Und weiter: Auch nach 25 Jahren antikommunistischem Trommelfeuer, Hetze und Verleumdung der DDR steht für noch immer 50% fest: *Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.*

Das missfällt den Herrschenden, die doch ihren Kapitalismus – mit all seinen Verbrechen und seiner Verelendung – als „alternativlos“ indoktrinieren wollen.

Richtig ist, es gibt keinen Missstand, dessen Ursache nicht im kapitalistischen Zwang zur Profitmacherei begründet ist.

Dass alle gesellschaftlichen Bereiche chronisch unterfinanziert sind und der Sozialabbau vorangetrieben wird, ist gewollt. Denn die Regierung verzichtet auf Vermögenssteuer und belastet stattdessen die Bevölkerung mit ihren Sparprogram-

men und dem Fetisch der „schwarzen Null“. 8 Billionen (das sind 8.000 Milliarden) Euro, die die Reichen und Superreichen angehäuft haben, sind mehr als genug, um allen Menschen ein würdiges und gutes Leben zu ermöglichen.

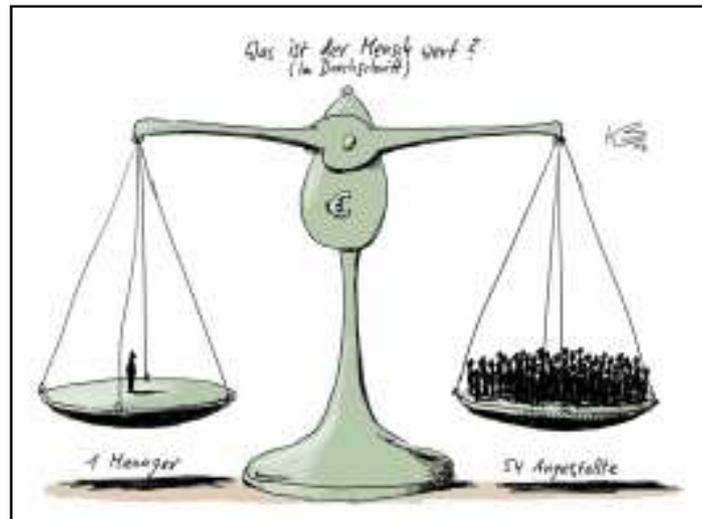
Würde die gesellschaftlich notwendige Arbeit auf alle Beschäftigten verteilt, brauchte es weder Arbeitslosig-

man der Sache auf den Grund geht, stellt sich heraus, dass hinter diesen Sauereien letztlich das Streben nach Profitmaximierung steht. Das gilt erst recht für alle Angriffskriege.

Das alles ist natürlich auch den Herrschenden klar, und deswegen werden sie nicht müde, jede sozialistische Überlegung in Grund und Boden zu verdammen und die Menschen einerverlogenen Gehirnwäsche zu unterziehen.

Es ist erstaunlich, dass sie es nach 25 Jahren immer noch nicht restlos geschafft haben. Die Entwicklung der letzten Jahre, die Wirtschafts- und Finanzkrisen und insbesondere die dramatische Ausweitung der Kriege veranlasst zum Nachdenken über dieses faulende System. Die von Rosa Luxemburg formulierte Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ gilt.

Natürlich war die DDR kein Paradies, sondern mit Fehlern und Unzulänglichkeiten behaftet. Richtig ist aber auch: „Jeder schlechte Sozialismus ist immer noch besser als der beste Kapitalismus“ (Peter Hacks).
Erika Beltz



keit noch Hartz IV zu geben. Wir hätten die 30- oder sogar die 25-Stundenwoche.

Man kann beliebige Skandale nennen: Umweltverschmutzung, Gammelfleisch, Abgaslügen...; sobald

Anti-Laga-BI macht weiter als 'BI Wieseckae'

Ende November trafen sich die Mitglieder der BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ zu ihrem letzten Treffen in diesem Jahr in der Teichstube. Auch nach nunmehr vier Jahren stand außer Frage, dass sie in Zukunft weitermachen werden.

Die Bürgerinitiative weiß um die Bedeutung der grünen Lunge und weiß leider auch um die Ignoranz der Bürgermeisterinnen, sich an die versprochene Bürgerbeteiligung zu halten. Sie wissen um den finanziellen Haushalt der Stadt. Solange „Förderverein“ und Stadt bemüht sind, die Wieseckae zum gewerbsmäßigen Rummelplatz verkommen zu lassen und die letzten Teichhühner mit Blasmusik zu vertreiben, ist die BI notwendig. Ziel ist auch, dass die Strandbar, die mit Technomusik Erholungssuchenden und Nachbarn die Ruhe

raubt, ebenso wieder verschwindet wie andere hässliche Hinterlassenschaften. Das gilt auch für den sinnlosen Klotz (s. Foto), der inzwischen mangels öffentlicher Toilette zur Bedürfnisanstalt umfunktioniert wurde. Darüber hinaus wird sich die BI um die Teichsanierung kümmern, um die Erhaltung des Uferwegs am Schwanenteich, aber auch um andere geplante Umweltsünden wie die Fernwasserleitung und den Schifftenberg. Als notwendig und sinnvoll erachteten die Mitglieder eine Umbenennung der BI. Sie heißt jetzt „BI Wieseckae“ und freut sich auf neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die zum nächsten Treffen am 14.1., um 19.30 Uhr im „Il Cilento“ sehr herzlich willkommen sind.

Martina Lennartz,
Sprecherin der BI Wieseckae

Was sind 8500 Blumenzwiebeln gegen diesen Schandfleck?



Dieser hässliche Kasten steht noch immer als Schandfleck in der Wieseckae. Statt sich mit der Pflanzung von tausenden Blümchen zu brüsten und neue Klamaukevents zu planen, sollte der „Förderverein“ seine Hinterlassenschaften beseitigen.

Glyphosat – Bundesamt im Dienste der Konzerne

Zunehmende Krebserkrankungen und Missbildungen werden geleugnet

Seit etwa 20 Jahren hat sich das vom Monsanto-Konzern (in Deutschland in Lizenz von der Bayer AG) produzierte Pflanzengift Glyphosat zum weltweit meistverwendeten Spritzmittel gegen Unkräuter entwickelt. Zum Verkaufserfolg beigetragen hat vor allem, dass der Konzern gleichzeitig Nutzpflanzen gentechnisch so verändert hat, dass sie gegen das Gift unempfindlich sind.

In vielen Ländern, in denen Glyphosat großflächig und häufig gespritzt wird, wurde bei Menschen in der Umgebung erhöhte Häufigkeit von Krebserkrankungen festgestellt, auch Missbildungen bei Neugeborenen treten dort ungewöhnlich häufig auf.

Jetzt hat die Krebsforschungsorganisation IARC der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vor Glyphosat gewarnt. Die Auswertung von vielen internationalen Studien hat gezeigt, dass das Mittel wahrscheinlich krebserregend ist.

Das deutsche Bundesamt für Risikobewertung BfR allerdings bleibt dabei, Glyphosat sei bei sachgemäßer Anwendung weder krebserregend noch könnte es Embryonen schädigen, die

EU-Behörde Efsa hat sich dieser Bewertung angeschlossen. Das BfR hat nur von Monsanto eingereichte Studien ausgewertet, die ausschließlich den reinen Wirkstoff prüften. Einige

weis vorlegen. Glyphosat ist weltweit in der Umwelt vorhanden, es lässt sich in Oberflächengewässern, in Abwasser, in Nahrungsmitteln, in menschlichen Organen und in Muttermilch nachweisen. Bei der Anwendung gibt es Regelungen, die verunsichern können.

Glyphosat wird zum Beispiel auch benutzt, um die Reifung von Getreide zu beschleunigen. Das Stroh von so behandelten Feldern darf nicht verwendet werden, das geerntete Korn aber dient als Lebens- oder Futtermittel.

Die Zulassung von Glyphosat in der EU läuft Mitte 2016 aus, zur Zeit wird über eine Verlängerung für weitere 10

Jahre verhandelt. Viele Wissenschaftler, Umwelt- und Verbraucherverbände fordern mit Recht, die weitere Zulassung zu verhindern. Gernot Linhart



dieser Studien sind für die Öffentlichkeit nicht zugänglich.

In der Praxis wird die Substanz nie rein verwendet, sondern in verschiedenen Mischungen und Zubereitungen. Die WHO hat auch unabhängige Studien mit den tatsächlich im Handel befindlichen Produkten einbezogen. Das BfR betont auch immer die „sachmäßige Anwendung“. Pflanzengifte sind aber frei verkäuflich, kein Kunde muss einen Sachkundenach-

Leserbrief

Im Jahr 2016 werden rd. 70.000 Rentnerinnen und Rentner steuerpflichtig. Grund dafür ist die erfolgte sog. Erhöhung der Rente. Viele rutschen durch diese "Rentenanpassung" in die Steuerpflicht. Jeder fünfte Rentner wird zunächst davon betroffen sein. Durch die neuen Steuerpflichtigen werden im Bundesetat ca. 310 Mio. Euro an Steuermehreinnahmen vom Finanzministerium erwartet! Und das ist nicht das Ende der Fahnenstange. Spart an der Rüstung und nicht an uns. Geht endlich den Steuerflüchtigen an den Kragen.

Falk Moldenhauer

Redaktionsschluss für Februar-Echo: Mi., 20. Jan.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr.193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de.
Im Internet: www.dkp-giessen.de

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag, HoffnungsStr.
18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Flucht und Asyl

als Folge der Rohstoffpolitik des Westens- am Beispiel Nigeria

Peter Donatus ist ein nigerianischer Journalist, der vor 27 Jahren nach mehrmonatiger Isolationshaft aus Nigeria geflohen war. Er ist tätig als Menschenrechts- und Umweltaktivist und ist langjähriger Kritiker des Shell-Konzerns. Auf einer Veranstaltung von DKP, SDAJ und VVN berichtete er über die ökologischen Verwüstungen, die Energiekonzerne wie Shell in seinem Land anrichten und die Lebensgrundlage der Menschen dort zerstören. Das Nigerdelta ist eine der meistverseuchten Regionen der Welt und ein Ende nicht in Sicht.



Faschismus-Diagnosen

Buchvorstellung und Diskussion mit
Kurt Pätzold

Donnerstag, 14. Jan., 19:30 Uhr; DGB-Haus, Walltorstraße 17, Dachsaal
Veranstalter u.a.: DGB Kreis Marburg-Biedenkopf, SDAJ Marburg-Gießen, Antifa Plenum Gießen.

MARBURG: Die gleiche Veranstaltung findet am Mittwoch, 13.01., 20 Uhr; im Technologie- und Tagungszentrum, Softwarecenter 3, statt.

Fluchtursachen und mögliche Lösungen

Wie begegnen wir der Angst vor dem Terror in der Bevölkerung - und wer schürt diese Angst und welche Folgen hat dies?"

Podiumsdiskussion

Dienstag, 26. Januar 2016, 19.30 Uhr, Kerkrade Zimmer, Kongreßhalle
Gemeinsame Veranstaltung des Kurdistan-Solidaritätsbündnisses-Gießen und des Wahlbündnisses Gießener Linke

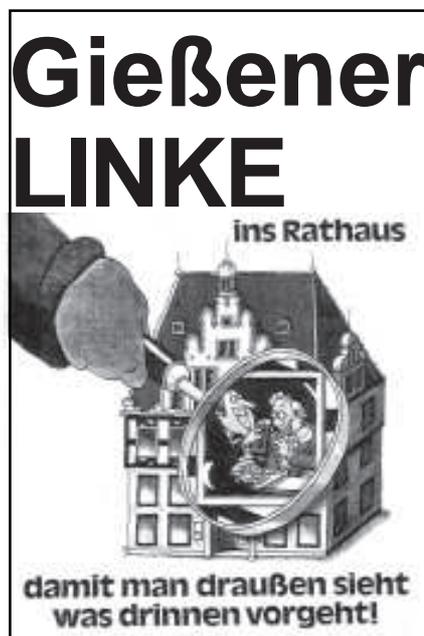
Unterstützer: Antifa-Plenum Gießen, ARAG, VVN/BdA

Weg mit Hartz IV - oder?

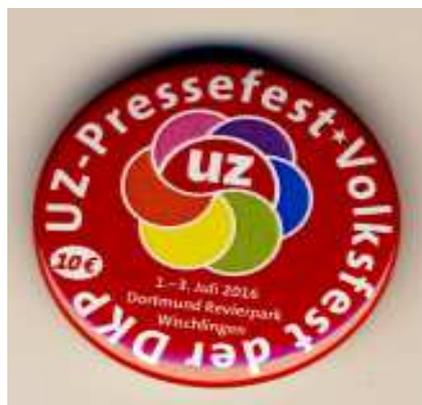
Was wir uns unter einer echten Grundsicherung vorstellen

Diskussionsveranstaltung mit Werner Altmann,

Mitglied des Parteivorstands der DKP, Sozialberater bei der IGM, Freiburg,
Donnerstag, 18. Februar, 19.30 Uhr, Kongresshalle, Versailles-Zimmer
Veranstalter: DKP, SDAJ, Bündnis Sozialproteste Gießen



Zur Kommunalwahl am 6. März kandidiert die "Gießener Linke", Wahlbündnis aus DKP, Linkspartei und Linkes Bündnis



Pressefest der DKP

Vom 1. bis 3. Juli 2016 findet wieder in Dortmund im Revierviertel Wischlingen das UZ-Pressfest - Volkfest der DKP statt. Auch Konstantin Wecker wird wieder auftreten. Zur Finanzierung gibt es bereits die Festbutts zu 10 bzw. 5 Euro.

Info-Stände der DKP

sind angemeldet für die Samstage: 6. und 20. Februar sowie 5. März, ab 10.30 Uhr, Kreuzplatz 9, vor Mode Meid.

**Widerstand
gegen Hartz IV
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern**

Liebe Leserinnen und Leser des Gießener Echo,

einige werden es bereits mitbekommen haben: die Druckerei, in der das Echo gedruckt wird, hat Insolvenz angemeldet. Für uns heißt das: Die Druckkosten werden nicht unerheblich steigen. Wir müssen unsere Leser/Abonnenten um mehr Spenden und um pünktliche Bezahlung der Zustellungsgebühren bitten.

Gerade angesichts der politischen Weltlage, der Kriegsgefahr und der Verelendung versucht das Gießener Echo ein Gegenpol zur bürgerlichen Presse zu sein, die sich durchweg mit kleinen Unterschieden als Sprachrohr der Herrschenden versteht.

Deshalb unsere dringende Bitte an alle, mitzuhelfen, damit das Echo weiter in hoher Auflage erscheinen kann.

Wir bitten um Überweisung auf das Konto:

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.

Selbstverständlich nehmen wir auch Bargeld: am Info-Stand, bei unseren Veranstaltungen, an DKP-Mitglieder oder per Post. Nicht vergessen: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden.

Mit vielem Dank

und hoffnungsvollen Grüßen
Redaktion Gießener Echo



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
dkp-giessen.de

DKP Gießen auch bei Facebook

LL-Demo am 10. Januar in Berlin

Der Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 10. Januar 2016 um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde steht hier: <http://www.ll-demo.de>. - DKP und SDAJ Hessen organisieren wieder eine Busfahrt nach Berlin. Einzelheiten bei der Echo-Redaktion.